

Deutscher
Gewerkschaftsbund
Nord

DGB

Deutscher
Gewerkschaftsbund
Bayern

DGB

Position des DGB Bayern und des DGB Nord
zur Energieministerkonferenz

Mehr Power für die Energiewende

**DGB Bezirke Nord und Bayern
ziehen an einem Strang**



Laura Pooth
Vorsitzende DGB Nord

Bernhard Stiedl
Vorsitzender DGB Bayern

Die DGB-Bezirke Bayern und Nord (SH, MV, HH) drängen auf eine dynamische Fortsetzung der Energiewende. Im Vorfeld der Energieministerkonferenz (EnMK) vom 15. bis 17. Mai 2024 kritisieren DGB Nord und DGB Bayern gemeinsam das schlecht abgestimmte Handeln ihrer Landesregierungen bei der Energiepolitik.

Laura Pooth, Vorsitzende DGB Nord: „Es fehlt ganz offensichtlich die Bereitschaft in beiden Bundesländern für eine koordinierte und engagierte Energiewendepolitik einzutreten. Das es auch anders geht zeigen wir. Wir überwinden regionale Hürden und übernehmen über die Landesgrenzen hinaus Verantwortung für den Prozess. Wir ziehen an einem Strang.“ Bernhard Stiedl, Vorsitzender DGB Bayern: „Die Energieversorgung ist ein wesentlicher Teil der Daseinsvorsorge und somit Aufgabe des Staates. Vor dem Hintergrund der elementaren Herausforderung der Energiewende bedarf es einer konsequenten und abgestimmten Steuerung des Prozesses durch die Politik sowie den involvierten Akteuren, um den Wirtschaftsstandort auch in Zukunft zu sichern.“

Beide DGB-Bezirke erwarten von allen politischen Akteuren (Parteien, Nichtregierungsorganisationen, Bundesregierung sowie der Energieministerkonferenz) ein klares Bekenntnis zu den Beschäftigten und zum Standort Deutschland, einschließlich der energieintensiven Industrien. Eine Verdrängung der Produktion aus Deutschland heraus senkt weder die Treibhausgasemissionen, noch ist sie geeignet, den berechtigten Anspruch der Beschäftigten auf Gute Arbeit sicherzustellen. Es gilt Produktion und Dienstleistungen nachhaltig zu gestalten und im weltweiten Maßstab beispielhaft zu demonstrieren, wie erfolgreiches Wirtschaften zusammen mit Klimaschutz, Guter Arbeit und sozialen Zielen in Einklang zu bringen sind.

Die Energiepolitik der Bayerischen Staatsregierung hat in der Vergangenheit fatalerweise dazu beigetragen, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien und der Stromnetze viel zu langsam vorankam und es nun großen Nachholbedarf gibt. Die gesamte Diskussion ist dadurch in eine Schiefelage geraten. Der Vorschlag von unterschiedlichen Strompreiszonen aus Schleswig-Holstein verunsichert Industrie- und Dienstleistungsunternehmen ebenso wie

private Haushalte und Unternehmen aus dem Bereich der erneuerbaren Energien. Längst überfällige Investitionen werden verlangsamt oder gar gestoppt.

DGB Bayern und DGB Nord sind sich darüber einig, dass eine Teilung des deutschen Strommarktes in Preiszonen Wohlstand und Beschäftigung gefährden und womöglich die Energiewende eher verlangsamen könnte. Gemeinsam warnen die beiden Vorsitzenden vor einer vorschnellen Einführung. Bernhard Stiedl: „Luftschlösser sichern weder Wertschöpfung noch Beschäftigung. Die Wertschöpfungsketten sind bei uns in Deutschland eng miteinander verzahnt und stehen wegen hoher Energiepreise bereits jetzt gehörig unter Druck.“ Laura Pooth ergänzte: „Die Initiative von Energiewendeminister Tobias Goldschmidt bringt zusätzlich Verunsicherung und damit Risiken für den Standort Deutschland sowohl im Norden als auch Süden. Die schleswig-holsteinische Politik hat offenbar nicht im Blick, dass ein Gebotszonensplit Wertschöpfung und Beschäftigung im ganzen Land gefährdet.“ Dass sich durch eine Verteuerung des Strompreises im Süden mehr Industrie im Norden ansiedelt, sei eine Illusion. Die Gefahr sei indes groß, dass energieintensive Unternehmen ihre Produktion nicht nach Norddeutschland, sondern vollständig ins Ausland verlagern.

Die DGB-Vorsitzenden werben dafür, die eigentlichen Probleme der Energiewende zügig anzupacken. „Für ein Gelingen der Energiewende brauchen wir niedrige Strompreise und eine gerechte Verteilung und Deckelung der Netzentgelte, denn da liegt der Grund für die hohen Strompreise im Norden. Außerdem brauchen wir mehr Tempo beim Netzausbau und eine schnellere, sozial ausgestaltete Wärme- und Mobilitätswende, die alle Menschen erreicht. Die notwendigen Investitionen können ohne eine Reform der Schuldenbremse nicht gestemmt werden. Wenn wir unser Energiesystem jetzt fit für die nächsten 100 Jahre machen,

dann sollten wir es auch über die nächsten 100 Jahre finanzieren können“, so Laura Pooth abschließend.

Bernhard Stiedl forderte von der Bayerischen Staatsregierung „Scheidebatten endlich zu beenden und den erfolgreichen Windkraft- und Netzausbau weiter voranzutreiben. Das blinde Vertrauen in die Regelungskräfte des Marktes wird weder die Energiewende zum Erfolg führen noch dazu beitragen, dass die Klimaziele erreicht werden.“ Bayern als Bundesland mit der zweithöchsten Industriedichte in Deutschland müsse ein besonders hohes Interesse an einer erfolgreichen Transformation der Industrie haben. „Wir haben daher in einem Zukunftsdialog mit Staatsregierung und Arbeitgebern regionale Transformationsnetzwerke vereinbart, die diesen Prozess aktiv gestalten werden,“ so Stiedl

Erklärtes Ziel der Energieministerkonferenz muss sein, eine Teilung des Strommarktes in Deutschland zu verhindern. Es bedarf des beschleunigten Ausbaus der regenerativen Energien – insbesondere der Windkraft – im Süden und der Steigerung der Attraktivität zur Standortansiedelung von Unternehmen im Norden.

Beide Vorsitzenden werben dafür, den neuen Realitäten einer eher dezentral gestalteten Energieerzeugung bei der Ausgestaltung der Verteilnetzentgelte Rechnung zu tragen. Die Einspeisung Erneuerbarer darf nicht länger ein Nachteil für eine ganze Region sein. Beide DGB-Bezirke unterstützen daher den Vorschlag der Bundesnetzagentur, Netzbetreiber mit besonderen hohen Kosten durch den Ausbau der erneuerbaren Stromerzeugung zu entlasten, indem die Mehrkosten bundesweit verteilt werden. Wir fordern eine zügige Umsetzung und die entsprechende Unterstützung der Energieministerkonferenz.

Mit kühlem nordisch by nature und süddeutschem Spirit bringen wir die Energiewende voran

Ziel des EnMK Gastgeberlandes Schleswig-Holstein ist, neue richtungsweisende und gemeinsam getragene Impulse zu setzen, „um das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen“ und „eine effektive Koordination der Energiepolitik“ aller Bundesländer untereinander und mit dem Bund voranzutreiben. Bei der zweiten Energieministerkonferenz im November, soll es unter anderem um die Wärmewende, den Netzausbau, den Strommarkt, die Energiepreise sowie den Ausbau der Erneuerbaren Energien gehen.

Der DGB Bayern und der DGB Nord begrüßen eine bessere, effektivere und zügigere Koordination der Energiewendepolitik ausdrücklich und nutzen die Gelegenheit ihre gemeinsamen Positionen in der vielfach als konfliktorientiert wahrgenommenen Nord-/Süd-Debatte zu einen und gemeinsame Forderungen aufzustellen:

Sachorientiert Ziele neu bestimmen und Zielkonflikte bearbeiten

- wir erwarten von allen Bundesländern und dem Bund eine ernsthafte und sachorientierte Debatte und zielorientierte Vereinbarungen, die der Größe der Aufgabe und der Verantwortung für unsere demokratische Gesellschaft, für Wertschöpfung und Beschäftigung und für den sozialen Zusammenhalt gerecht wird.
- Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Mitgliedsorganisationen unterstützen die sozial gerechte Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft hin zur Klimaneutralität. Das vom Gastgeberland postulierte Ziel der „Erreichung von Klimaneutralität“ ist zu erweitern. Nur so können die zahlreichen Zielkonflikte des energiepolitischen Dreiecks einer zuverlässigen, bezahlbaren sowie umweltschonenden Energieversorgung bearbeitet werden. Ein Beispiel: Die Verlagerung energieintensiver Industrieproduktion ins Ausland könnte die deutsche Treibhausgasbilanz zwar kurzfristig verbessern. Für die weltweit vereinbarte Begrenzung der Treibhausgasemissionen wäre das Gegenteil erreicht; zudem wären die gesamtwirtschaftlichen und beschäftigungspolitischen Folgeschäden einer solchen Politik inakzeptabel. Deutschland muss, auch aus weltweiter Verantwortung, zeigen, wie erfolgreiches Wirtschaften und die Sicherung von industrieller Beschäftigung mit den Klimaschutzziele und sozialem Zusammenhalt in Einklang zu bringen sind.
- Die Ziele des energiepolitischen Dreiecks sind um den Aspekt der Sicherung von „Guter Arbeit“ und damit einhergehend des Fachkräftebedarfs sowie um beschäftigungspolitische Aspekte zu einem Viereck zu erweitern. Die in der konventionellen Energiewirtschaft in Jahrzehnten errungenen Arbeits- und Mitbestimmungsbedingungen müssen auch bei den Unternehmen der erneuerbaren Energien zu einer Selbstverständlichkeit werden. Die Kriterien Guter Arbeit müssen fester Bestandteil der Wirtschafts- und Erneuerbarenförderung sein. Eine gelingende Transformation setzt Mitbestimmung und Tarifbindung als Garant für sozialen Ausgleich der besonders vom Wandel betroffenen Beschäftigten in den verschiedenen Branchen voraus. In beiden ist dies durch das fehlende Tarifreue- und Vergabebezug von grundsätzlicher Relevanz. Zudem müssen in der Netzregulierung Personalkosten von Effizienzvorgaben ausgenommen werden, um nicht durch destruktive Kostenreduzierungsvorgaben Lohndumping Vorschub zu leisten. Lohndumping würde die Gewinnung der dringend im Netzum- und -ausbau benötigten hochqualifizierten und –spezialisierten Fachkräfte weiter erschweren.

Klimaplan und Klimaziele sozial ausgestalten

- Klimaziele und CO₂-Bepreisung müssen von klar umsetzbaren und durchfinanzierte Maßnahmen flankiert werden, die insbesondere die erfolgreiche industrielle Transformation sowie soziale Abfederung sicherstellen. Andernfalls drohen Deindustrialisierung, Beschäftigungsabbau, unverminderter Ressourcenverbrauch in anderen Teilen der Welt und eine weitere soziale Spaltung und Umverteilung von unten nach oben. Klimapolitik darf nicht dazu führen, dass diejenigen, die nicht die Mittel oder Entscheidungsgewalt haben, ihr Verhalten auf klimaschonende Alternativen umzustellen, bestraft werden. (Beispiele: Wahl der Heizungstechnologie im Mietwohnungsbereich; Umstieg auf E-Auto; im Unternehmensbereich: fehlende EE-Versorgung). Stattdessen muss sichergestellt sein, dass alle die Möglichkeit zur Teilhabe am Klimaschutz haben.
- Die CO₂-Bepreisung muss das Klima wirksam schützen und zugleich sozial ausgewogen gestaltet sein. Vor diesem Hintergrund fordern wir die zügige Einführung eines sozial gestaffelten Klimageldes für alle Bürgerinnen und Bürger. Auch die Energieministerkonferenz muss verstehen, dass die Energiewende auf gesellschaftliche Unterstützung angewiesen ist, insbesondere auch aus vulnerablen Gruppen.

Planungs- und Investitionssicherheit herstellen

- Bei der weiteren Gestaltung der Energiewende brauchen alle Beteiligten vom Betreiber der Anlagen für Erneuerbare Energie über Netzbetreiber und die Anlagenhersteller bis hin zu den energieintensiven Betrieben ein ausreichendes Maß an Planungssicherheit und Verlässlichkeit, da wir es mit bedeutenden und erst über viele Jahre rentierlichen Investitionen mit erheblichen Planungs- und Vorlaufzeiten zu tun haben. Wir fordern einen partei- und länderübergreifenden sachorientierten Konsens über die nächsten Schritte der Energiewende auf dem Weg zu den in Paris vereinbarten Klimazielen. Für parteipolitische Profilierung und populistische Stammtischparolen Einzelner darf bei diesem für unser Land so bedeutenden Gelingen der Energiewende kein Platz mehr sein.

Investitionen sicherstellen, Schuldenbremse reformieren

- Die Energiewende muss einhergehen mit einer massiven, sozial-ökologischen Investitionsoffensive. Für die sozial-ökologische Transformation und Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft sind massive Investitionen in die Energiewende selbst, aber auch in Mobilität, Gebäudesanierung, Infrastruktur, Industrietransformation und öffentliche Daseinsvorsorge erforderlich.

- Die Netzentgelte dürfen nicht zu einem zunehmend unkalkulierbaren Strompreistreiber werden. Wir fordern daher, die Kosten für den weiter notwendigen zügigen und verlässlichen Ausbau der Verteil- und Übertragungsnetze nicht mehr kurzfristig auf den Strompreis aufzuschlagen, sondern über längere Zeiträume zu strecken, um Bürger*innen und Unternehmen nicht zu überfordern. Wenn das über zwei Jahrhunderte gewachsene Energiesystem jetzt innerhalb von nur zwei Jahrzehnten vollständig umgebaut und modernisiert wird, muss dies auch über einen langen Zeitraum finanziert werden können. Zudem fordern wir eine konsequentere bundesweite Wälzung der Netzausbaukosten. Regionen, die beim EE- und Netzausbau zum Wohle des ganzen Bundes vorangehen, dürfen nicht über Gebühr ökonomisch belastet werden.
- DGB Bayern und Nord fordern mehr Unterstützung der Bundesregierung für die norddeutschen Häfen. Sie müssen viele neue Aufgaben für das Land und für die Sicherheit Europas schultern: Im Bereich der Energiewende und der Umstellung der Energieimporte, der Transformation der Industrie, der Versorgungs- und Produktionssicherheit und vermehrt auch der Sicherheitsarchitektur im Rahmen der NATO-Mitgliedschaft. Daher ist die Entwicklung einer nationalen Hafenstrategie richtig. Gleichzeitig müssen diese nationalen und europäischen Aufgaben finanziell abgesichert werden, auch um die Hinterlandbindungen auf Straße, Schiene und an die Energieinfrastruktur sicherzustellen. Wir fordern Länder und Bund auf, Gute Arbeit und Beschäftigung in den Häfen zu sichern.
- Wir erwarten von der Energieministerkonferenz, dass sie sich für eine Reform der Schuldenbremse einsetzen. Sie darf nicht länger als Zukunftsbremse wirken. Insbesondere Investitionen in den klimagerechten Umbau unserer Gesellschaft und damit einer gleichzeitigen Modernisierung unserer gesamten Infrastruktur für viele Jahrzehnte muss auch über diese Jahrzehnte finanzierbar werden.

Planungs- und Genehmigungsverfahren effizient gestalten, Personalausstattung sichern

- Effiziente Planungs- und Genehmigungsverfahren sind essentiell für die weitere Transformation hin zu einem wirtschaftlich starken und klimaneutralen Standort. Beide DGB Bezirke fordern eine Beschleunigung der Verfahren, eine adäquate Personalausstattung in den Planungs- und Genehmigungsbehörden und begrüßen die Realisierung von identifizierten Beschleunigungspotentialen. Dazu zählt auch, die im Frühstadium der Planung befindlichen Stromautobahnen verstärkt über kostensparende und zügiger zu realisierende Freileitungen zu beschleunigen.

V.i.S.d.P.: Laura Pooth, Vorsitzende DGB Nord
Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg